

Seite: 11 bis 11

Quellrubrik: Wirtschaft und Verbraucher

Seitentitel: GES

Ausgabe: Rheinische Post Gesamtausgabe

Jahrgang: 2012

"Krankenkassen sollen Beiträge selbst bestimmen"

Interview Doris Pfeiffer, Chefin des Kassenverbandes, über die Milliarden-Überschüsse der Kassen und das Arzneygesetz

Was ist das für ein Gefühl, dass die Krankenkassen auf knapp zehn Milliarden Euro sitzen?

Pfeiffer Wir können froh sein, dass die Krankenkassen derzeit Überschüsse haben. Ich hoffe, dass wir diese stabile Situation noch eine Weile werden halten können.

Kann der Beitragssatz sinken?

Pfeiffer Den einheitlichen Beitragssatz für alle Krankenkassen bestimmt die Bundesregierung. Die liquiden Mittel sind wiederum nicht so hoch, dass es eine deutliche Beitragssatzsenkung geben könnte. Eine Beitragssatzsenkung zum jetzigen Zeitpunkt kann auch zu einem Jojo-Effekt führen, das heißt, dass nach relativ kurzer Zeit der Beitragssatz wieder ansteigen müsste. Wir rechnen nicht damit, dass sich die sehr gute Situation der Sozialkassen auf Dauer fortsetzt. Sollte dies doch der Fall sein, muss langfristig die Diskussion über den Beitragssatz noch einmal neu geführt werden.

Überschüsse liegen nicht nur im Gesundheitsfonds, sondern auch bei den einzelnen Kassen. Was halten Sie davon, wenn diese wie die HEK nun die Praxisgebühr selbst abschaffen?

Pfeiffer Wenn es die finanzielle Lage einer Kasse erlaubt, solche Bonus-Programme zu gewähren, dann kann das sinnvoll sein. Die Krankenkassen müssen aber auf langfristige Stabilität achten. In der Vergangenheit wurde uns immer

vorgeworfen, dass wir nicht genug Reserven für schlechtere Zeiten haben. Deshalb kann ich es gut verstehen, dass die Kassen vorsichtig sind. Zumal wir mit weiteren Ausgabensteigerungen rechnen müssen. Mich freut es, dass auch die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, man sollte die Überschüsse bei den Kassen belassen.

Der Gesundheitsminister drängt die Kassen, Prämien auszuschütten. Warum folgen nur so wenige Kassen?

Pfeiffer Der eine Grund ist die Vorsorge für schlechtere Zeiten. Die Kassen zögern aber auch bei der Ausschüttung von Prämien, weil sie dann in schlechteren Zeiten, wenn die Ausgaben steigen und die Einnahmen sinken, die ersten sein könnten, die Zusatzbeiträge erheben müssen. Dies wiederum könnte für die Kassen negative Auswirkungen am Markt haben.

Heißt das, dass das System der Zusatzbeiträge und Prämienauschüttungen den Wettbewerb der Kassen in Wahrheit verzerrt?

Pfeiffer Die Signalwirkung ist enorm stark. Wir sind der Auffassung, dass die Krankenkassen ihre Beitragsautonomie insgesamt zurückbekommen sollten. Der Spielraum zur Preisgestaltung sollte sich nicht nur auf Zusatzbeitrag oder Prämienauschüttung beschränken. Wenn man Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung will, dann gehört auch der Preiswettbewerb

dazu.

Wäre der Beitragssatz aktuell geringer, wenn die Kassen ihn selbst festlegen könnten?

Pfeiffer Zumindest haben einzelne Kassen gesagt, dass sie unter den alten Bedingungen den Beitragssatz schon gesenkt hätten.

Als das Gesundheitsministerium von der FDP übernommen wurde, fürchteten viele den Ausverkauf der sozialen Gesundheitspolitik. Was sagen Sie heute?

Pfeiffer Die Zusammenarbeit mit Gesundheitsminister Bahr ist gut. Das Arzneimittelgesetz war eine gesundheitspolitische Großtat. Erstmals hat eine Regierung das Preismonopol der Pharmaindustrie durchbrochen. Das hätte man von einem FDP-Minister nicht erwartet.

Mit den Ärzten klappt es weniger gut. Die werfen Ihnen vor, eine Kampagne gegen sie zu betreiben. Pfeiffer Nein. Wir haben kein Interesse daran, Ärzte zu verunglimpfen. Ich bin sicher, dass die große Mehrheit der Ärzte vollkommen korrekt handelt und abrechnet. Aber es ist doch ein Alarmsignal, dass viele Ärzte, Klinik-Verantwortliche und andere Leistungserbringer wie orthopädische Schuhmacher die Einschätzung haben, dass es in ihrem eigenen Arbeitsfeld Fehlverhalten gibt. Umso mehr müssen wir gemeinsam schauen, wo die schwarzen Schafe sitzen, und die Missstände beheben. Eva Quadbeck führte das Interview.

Urheberinformation: (c) Rheinische Post